

3 9 9 7 2 4 0001 0 0 0

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 312.

Urbahns entwurzelt.

Es vergeht kaum eine Sitzung der Bürgerschaft, in der der Präsident nicht irgendeine Mitteilung aus der kommunistischen Fraktion zu machen hat. Gestern verlas er eine Mitteilung, wonach der Abgeordnete Urbahns nicht mehr Mitglied der kommunistischen Fraktion sei, und gleichzeitig einen Brief des Abg. Urbahns selbst, worin dieser bittet, man möge ihm seine Aufwandsentschädigung als Abgeordneter künftighin nur mehr persönlich auszahlen. Wie schon vor einigen Tagen gemeldet, ist Urbahns, einem Machtspruch der Moskauer Gewalthaber folgend, durch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, zusammen mit zwei anderen Führern der kommunistischen Opposition, Scholem und Schwan. Das Damoklesschwert des Ausschlusses schwebte schon seit langem über dem Abgeordneten Urbahns, d. h., seit er gemäß einer Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts aus seiner Festungshaft in Groden entlassen worden war. Man kann also sagen, daß ihm seine wiedergewonnene Freiheit schlecht bekommen ist, denn mit dem Ausschuß aus der Kommunistischen Partei dürfte er auch seine Führerrolle in der kommunistischen Arbeiterbewegung ausgespielt haben. Zwar gehört Urbahns in der kommunistischen Opposition der Gruppe Ruth Fischer-Maxlow-Scholem zu den tonangebenden, aber bei der Art, wie man innerhalb der Kommunistischen Partei eine unbequeme Opposition zu erledigen versteht, wird man nicht damit rechnen dürfen, daß diese Gruppe noch einmal zur Herrschaft gelangt. Für die breitere Öffentlichkeit und die große Politik ist es auch ziemlich belanglos, wer dort das Szepter in der Hand hat. Von Bedeutung ist nur die Tatsache, daß zurzeit bei den Kommunisten alles drunter und drüber geht. Hoffentlich werden der Hamburger kommunistischen Arbeiterschaft mit diesen Vorgängen einmal die Augen geöffnet, um zu sehen, welchen Ideen und Männern sie sich anvertraut hat, als sie sich im Oktober 1923 in einen Aufstand hineinbegeben ließ, der auf beiden Seiten der Kämpfenden Hunderte von Todesopfern kostete.

Sein Mandat scheint der Abgeordnete Urbahns weder für die Bürgerschaft, noch für den Reichstag niederlegen zu wollen. Er ist aber nicht der einzige kommunistische Abgeordnete der Bürgerschaft, der nicht mehr der offiziellen Fraktion angehört; er kann mit seinen Leidensgenossen vielleicht heute schon eine Fraktion parteiobdachloser Kommunisten bilden.

39972 0002 000

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 320.7

Zum Fall Urbahns.

Mit dem Fall Urbahns, das heißt mit seinem Ausschluß aus der kommunistischen Partei Deutschlands und mit seiner Erklärung, daß er sich um den von ihm s. Zt. unterschriebenen parlamentarischen Verpflichtungen der K. P. D. nicht mehr kümmern, also sein parlamentarisches Mandat beibehalten und die parlamentarischen Tagelöhner nicht mehr an die Partei abführen, befaßt sich ein Aufsatz im Archiv der Zeitschrift „Fritz Morstein Marx“, Hamburg, das durch den Fall Urbahns berührte Thema „Rechtswirksamkeit und freies Mandat“, in Anknüpfung an den einige Jahre zurückliegenden Fall des kommunistischen Hamburgischen Bürgergeschäftsabgeordneten Reich aus dem Jahre 1921. In der Bürgergeschäftsversammlung vom 13. April 1921 hatte der Präsident eine mit dem Namen des Abg. Reich unterzeichnete Erklärung verlesen, in der dieser seinen Austritt aus der Bürgerschaft anzeigte. Trotzdem war Reich in der Bürgerschaft erschienen. Zum Verlassen des Saales aufgefordert, gab er an, jene Erklärung nicht abgegeben zu haben; die Unterschrift stamme nicht von ihm, er beabsichtige nicht, sein Mandat niederzulegen. Reich erklärte aber weiter, es sei ihm bekannt, daß die kommunistische Partei verlange, daß eine solche Erklärung von ihren Abgeordneten unterschrieben würde, er jedoch habe ein solches Formular nicht unterschrieben. In der mit der Untersuchung des Falles betrauten Kommission erklärte dagegen das kommunistische Ausschuß-Mitglied, daß sämtliche kommunistischen Kandidaten zur Bürgerschaft ein von der Parteileitung ausgestelltes Blanko-Formular mit der Austrittserklärung unterschreiben müssen, nur der Raum für die Eintragung des Datums sei offen gelassen. Reich habe sein Mandat nicht als Person, sondern nur als Mitglied der Partei erhalten, die darum auch das Recht habe, einem Abgeordneten sein Mandat abzuerkennen. Der Ausschuß hat dann, da er sich den kommunistischen Gedankengängen schon mit Rücksicht auf den § 2a der Hamburgischen Verfassung, der mit dem Artikel 21 der Reichsverfassung wörtlich übereinstimmt und besagt, daß die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind, nicht anschließen konnte, erklärt, daß das Mandat des Abg. Reich nicht erloschen ist.

Merkwürdigerweise ist es damals gerade der Abg. Urbahns gewesen, der zu diesem Ausschuß-Antrag namens der kommunistischen Partei im Plenum der Bürgerschaft erklärte:

„Wir sind nach wie vor der Meinung, daß wir als Partei das Recht haben — und wenn wir es nicht haben, wissen wir uns das Recht über den Abg. Reich anders zu nehmen, wir entfernen ihn aus unseren Reihen —, aber wir müßten das Recht haben, ihn aus dem Parlament herauszubringen, nicht allein nach unseren Grundsätzen, sondern auch nach den Ehren, nach den Grundsätzen der Demokratie.“

Es ist selbstverständlich, daß sich die Hamburger Bürgerschaft auch dem Argumente des Abg. Urbahns nicht angeschlossen hat. Hätte sie sich damals von dem Abg. Urbahns überzeugen lassen, dann würde jetzt Herr Urbahns auch nicht mehr Abgeordneter sein, und es nützte ihm nichts, daß er nachträglich ebenfalls wie Reich der kommunistischen Partei das Recht abspricht, einem Abgeordneten sein Mandat zu nehmen und daß er die von ihm selbst unterschriebene Erklärung nicht mehr als gültig an-

Die kleine Untersuchung über Rechtswirksamkeit und freies Mandat, die über die vorliegenden Fälle Reich und Urbahns hinaus die Frage der imperativen Mandate rechtlich und verfassungsgeschichtlich verfolgt, ist recht verdienstvoll, namentlich unter dem Gesichtspunkt künftiger Gesetzgebung und weil sie eine vielseitige Beurteilung einer Angelegenheit ermöglicht, die bei dem nicht nur in der kommunistischen Partei herrschenden System immer wieder aktuell werden kann. Fritz Morstein Marx zieht zu seinen Betrachtungen nämlich auch den Fall des bayerischen völkischen Abg. Böner heran, der vor etwa zwei Jahren die Aufforderung des völkischen Bloßes, sein Mandat niederzulegen, mit der Berufung darauf zurückgewiesen hat, daß es nach der Verfassung kein imperatives Mandat gäbe, und weiter den Fall des Hamburger Bürgergeschäftsmitgliedes Arthur Schmidt, früher der deutsch-völkischen Freiheitbewegung zugehörig, aus der er zu Anfang dieses Jahres austrat, um sich vor kurzem ganz der Fraktion der Deutschen Volkspartei anzuschließen. Auch Schmidt hatte im September 1924 einen Schein mit der Verpflichtung zur Mandatsniederlegung unterzeichnet, ohne hernach die Konsequenzen zu ziehen.

Nun sieht eine Sache oft recht verzwickelt aus, wenn man sie, wie Morstein Marx unter rechtlichen Gesichtspunkten von allen Seiten beleuchtet, und man braucht sich nicht wundern, daß bei seiner rechtlichen Betrachtung der Kritiker unter oft recht kraftvollen Worten zu einer Anerkennung der imperativen Mandate gelangt; aber folgen muß man ihm nicht, weil für die Auslegung der Verfassung wie aller Gesetze entscheidend ist der Wille des Gesetzgebers, ob er ihn nun geschickt formuliert hat oder nicht, und gleichgültig, ob dieser Wille unzeitgemäß, unlogisch und widerspruchsvoll ist oder nicht. Dieser Wille des Gesetzgebers läßt sich aber durch die ganze parlamentarische Verfassungsgeschichte hindurch eindeutig und gleichbleibend bis zum heutigen Tage in der Richtung einer Ablehnung imperativer Mandate verfolgen. Darum ist die Frage nicht so zu stellen wie Morstein Marx es tut, ob es rechtlich zulässig

ist, eine solche Verzichtspflichtung nicht anzuerkennen, sondern ob es rechtlich zulässig ist, sie zu fordern und abzugeben. Das letztere scheint nicht der Fall zu sein und deshalb ist auch die abgegebene Verpflichtung hinfällig, wobei die moralische Beurteilung solcher Fälle ganz anders ausfallen mag. Aber Gesetz und Moral decken sich eben nicht immer.

Hgr.

Zum Fall Urbahns.

Mit dem Fall Urbahns, das heißt mit seinem Ausbruch aus der kommunistischen Partei Deutschlands und mit seiner Erklärung, daß er sich um den von ihm s. Zt. unterschriebenen parlamentarischen Verpflichtungen der K. P. D. nicht kümmern werde, also sein parlamentarisches Mandat beibehalten und die parlamentarischen Tagelöhner nicht mehr an die Partei abführen, befaßt sich ein Aufsatz im „Archiv des öffentlichen Rechts“. In dieser Zeitschrift erörtert Fritz Morstein Marx, Hamburg, das durch den Fall Urbahns berührte Thema „Rechtswirksamkeit und freies Mandat“, in Anknüpfung an den einige Jahre zurückliegenden Fall des kommunistischen Hamburgischen Bürgerschaftsabgeordneten Reich aus dem Jahre 1921. In der Bürgerschaftssitzung vom 13. April 1921 hatte der Präsident eine mit dem Namen des Abg. Reich unterzeichnete Erklärung verlesen, in der dieser seinen Austritt aus der Bürgerschaft anzeigte. Trotzdem war Reich in der Bürgerschaft erschienen. Zum Verlassen des Saales aufgefordert, gab er an, jene Erklärung nicht abgegeben zu haben; die Unterschrift stamme nicht von ihm, er beabsichtige nicht, sein Mandat niederzulegen. Reich erklärte aber weiter, es sei ihm bekannt, daß die kommunistische Partei verlangte, daß eine solche Erklärung von ihren Abgeordneten unterschrieben würde, er jedoch habe ein solches Formular nicht unterschrieben. In der mit der Untersuchung des Falles betrauten Kommission erklärte dagegen das kommunistische Ausschuß-Mitglied, daß sämtliche kommunistischen Kandidaten zur Bürgerschaft ein von der Parteileitung ausgestelltes Blanko-Formular mit der Austrittserklärung unterschreiben müssen, nur der Raum für die Eintragung des Datums sei offen gelassen. Reich habe sein Mandat nicht als Person, sondern nur als Mitglied der Partei erhalten, die darum auch das Recht habe, einem Abgeordneten sein Mandat abzuerkennen. Der Ausschuß hat dann, da er sich den kommunistischen Gedankengängen schon mit Rücksicht auf den § 2a der hamburgischen Verfassung, der mit dem Artikel 21 der Reichsverfassung wörtlich übereinstimmt und besagt, daß die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind, nicht anschließen konnte, erklärt, daß das Mandat des Abg. Reich nicht erloschen ist.

Wertwürdigerweise ist es damals gerade der Abg. Urbahns gewesen, der zu diesem Ausschuß-Antrag namens der kommunistischen Partei im Plenum der Bürgerschaft erklärte:

„Wir sind nach wie vor der Meinung, daß wir als Partei das Recht haben — und wenn wir es nicht haben, wissen wir uns das Recht über den Abg. Reich anders zu nehmen, wir entfernen ihn aus unseren Reihen —, aber wir müßten das Recht haben, ihn aus dem Parlament herauszubringen, nicht allein nach unseren Grundsätzen, sondern auch nach den Ehren, nach den Grundsätzen der Demokratie.“

Es ist selbstverständlich, daß sich die Hamburger Bürgerschaft auch dem Argumente des Abg. Urbahns nicht angeschlossen hat. Hätte sie sich damals von dem Abg. Urbahns überzeugen lassen, dann würde jetzt Herr Urbahns auch nicht mehr Abgeordneter sein, und es nützte ihm nichts, daß er nachträglich ebenfalls wie Reich der kommunistischen Partei das Recht abspricht, einem Abgeordneten sein Mandat zu nehmen und daß er die von ihm selbst unterschriebene Erklärung nicht mehr als gültig anerkennt.

Die kleine Untersuchung über Rechtswirksamkeit und freies Mandat, die über die vorliegenden Fälle Reich und Urbahns hinaus die Frage der imperativen Mandate rechtlich und verfassungsgeschichtlich verfolgt, ist recht verdienstvoll, namentlich unter dem Gesichtspunkt künftiger Gesetzgebung und weil sie eine vielseitige Beurteilung einer Angelegenheit ermöglicht, die bei dem nicht nur in der kommunistischen Partei herrschenden System immer wieder aktuell werden kann. Fritz Morstein Marx zieht zu seinen Betrachtungen nämlich auch den Fall des bayerischen völkischen Abg. Böhrner heran, der vor etwa zwei Jahren die Auforderung des völkischen Klodes, sein Mandat niederzulegen, mit der Berufung darauf zurückgewiesen hat, daß es nach der Verfassung kein imperatives Mandat gäbe, und weiter den Fall des Hamburger Bürgerschaftsmitgliedes Arthur Schmidt, früher der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung zugehörig, aus der er zu Anfang dieses Jahres austrat, um sich vor kurzem ganz der Fraktion der Deutschen Volkspartei anzuschließen. Auch Schmidt hatte im September 1924 einen Schein mit der Verpflichtung zur Mandatsniederlegung unterzeichnet, ohne hernach die Konsequenzen zu ziehen.

Nun sieht eine Sache oft recht verzwickelt aus, wenn man sie, wie Morstein Marx unter rechtlichen Gesichtspunkten von allen Seiten beleuchtet, und man braucht sich nicht wundern, daß bei seiner rechtlichen Betrachtung der Kritiker unter oft recht kraftvollen Worten zu einer Anerkennung der imperativen Mandate gelangt; aber folgen muß man ihm nicht, weil für die Auslegung der Verfassung wie aller Gesetze entscheidend ist der Wille des Gesetzgebers, ob er ihn nun geschickt formuliert hat oder nicht, und gleichgültig, ob dieser Wille unzeitgemäß, unlogisch und widerspruchsvoll ist oder nicht. Dieser Wille des Gesetzgebers läßt sich aber durch die ganze parlamentarische Verfassungsgeschichte hindurch eindeutig und gleichbleibend bis zum heutigen Tage in der Richtung einer Ablehnung imperativer Mandate verfolgen. Darum ist die Frage nicht so zu stellen wie Morstein Marx es tut, ob es rechtlich zulässig ist, eine solche Verzichtspflichtung nicht anzuerkennen, sondern ob es rechtlich zulässig ist, sie zu fordern und abzugeben. Das letztere scheint nicht der Fall zu sein und deshalb ist auch die abgegebene Verpflichtung hinfällig, wobei die moralische Beurteilung solcher Fälle ganz anders ausfallen mag. Aber Gesetz und Moral decken sich eben nicht immer.

Egr.

3 9 9 7 2 0003 0 0 0

Hamburger Nachrichten

Nr. 570

Urbahns, Thälmann und Konjorten.

In der „Fahne des Kommunismus“ veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Urbahns folgende Erklärung:

„Auf dem Berliner Bezirksparteitag hat der Vorsitzende der KPD, Thälmann wider besseres Wissen die Behauptung aufgestellt, ich hätte während des Hamburger Aufstandes 1923 „in den Betten“ gelegen. Das hat wohl heißen sollen, ich hätte mich während des Kampfes feige gedrückt. Ich würde diese Verleumdungen unbeachtet lassen, weil sie von — Thälmann kommen, wenn nicht solche persönliche Verunglimpfungen seitens der Zentrale völlig an Stelle der politischen Auseinandersetzungen mit der Opposition treten würden. Nur um diese Kampfweise zu kennzeichnen, bemerke ich folgendes:

Ich frage: Wie war es möglich, daß trotz meiner „Feigheit“ Tausende von Organisationen des NSD., der Roten Hilfe (Mopr) in Deutschland und Rußland mich, den „Drückferger“ von 1923, zum Ehrenmitglied, Ehrenvorsitzenden und was weiß ich sonst noch, ernannten? Wie konnte Thälmann, seit 1924 Vorsitzender der KPD, so etwas zulassen? Warum hat er mich nicht auch, wie seinen jetzigen Kollegen aus dem Politbureau, vor ein Arbeiter-„Kriegsgericht“ gestellt? Mich hätte er nicht wie jenen Gelben wegen „schwacher Nerven“ freisprechen brauchen. War Thälmann etwa mal wieder irgendwie „vergewaltigt“? Oder wie kam es sonst, daß er die „Feigheit“ an mir erst entdeckte, als ich seinen Verrat an der Linken nicht mitmachte, sondern zur Opposition ging? Nun, Thälmann weiß nur zu gut, daß er auf dem Berliner Bezirksparteitag gelogen hat. Er weiß auch sehr gut, daß es ein Leichtes wäre, seine Lügen dadurch zu entkräften, daß ich unter Zeit- und Namenangabe der Öffentlichkeit bekannt gebe, wie, wo, wann und mit wem zusammen ich mich während der Hamburger Aufstandstage betätigt habe. Er weiß aber auch, daß die Namensnennung dem Staatsanwalt Material liefern würde, und er wagt seine Verleumdungen nur deshalb auszusprechen, weil er genau weiß, daß ich dem Staatsanwalt selbst Lumpen, die es nicht besser verdient hätten, nicht nennen werde. Er verleumdet also unter dem Schutze des Staatsanwalts. Oder will er mich etwa nur provozieren, um mich später einen „Denunzianten“ nennen zu können? Thälmann und weitere Mitglieder der KPD. brauchen nur die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen, öffentlich in der „Roten Fahne“, ich bin gern bereit, mich mit ihnen über den Oktober 1923 auseinanderzusetzen. Sollten sie diese Verantwortung nicht übernehmen, dafür aber unter dem Schutze des Staatsanwalts weiter verleumden, dann überlasse ich das Urteil über dieses lumpenhafte Verhalten gern der Arbeiterschaft.“

★

Man sieht, daß Urbahns, der Radikalismus, es an Deutlichkeit nicht fehlen läßt, wenn er sich mit dem Reichspräsidentenkandidaten, unserm hamburgischen kommunistischen Spitzenkandidaten und Ehrenbürger von Teuchern, auseinandersetzt. Uns aber interessiert an diesem Teuchelmechtel vornehmlich, daß Urbahns offenbar in der Lage ist, allerlei reizvolle Auskünfte über das Blutbad vom Oktober 1923 zu geben — obwohl er als „Beleidigter“ vor Gericht erklärt hat, er hätte den Aufstand gar nicht haben wollen, hätte ihn vielmehr „abgeblasen“. Was mag sich da alles noch in Hamburg an Mitschuldigen herumtreiben, ohne daß sie gefaßt werden können! Vielleicht verlohnte sich eine kleine zeugeneidliche Vernehmung?

3 9 9 7 2 : 0004 0 0 0

Hamburger Nachrichten

Nr. 15

Urbahns auch vom Oberlandesgericht abgewiesen.

Bekanntlich hatte der frühere Führer der hiesigen kommunistischen Partei Urbahns gegen den Schriftleiter der Hamburger Nachrichten Thomas Hübbe eine Beleidigungsklage aus folgenden Gründen angestrengt: In einer Sitzung der Bürger-schaft kamen Gnadengesuche zur Sprache, die dahin gingen, Zucht-hausstrafen von 5 Jahren, die vom Schwurgericht gegen einige rechtsstehende junge Leute wegen Vergehens gegen das Sprengstoff-gesetz verhängt worden waren, in Festungshaft umzuwandeln. Da-gegen wandte sich die kommunistische Fraktion in einer Anfrage und beantragte Besprechung. Es kam zu tumultartigen Szenen, die den Präsidenten zur Ausschließung zweier kommunistischer Abgeordneter nötigten. Im Stimmungsbild über diese Bürgerschaftssitzung in der Morgenausgabe der Hamburger Nachrichten vom 30. Januar 1927 hielt Hübbe den Kommunisten vor, daß sie am wenigsten Ursache hätten, sich über etwaige Begnadigungen hart verurteilter rechtsstehender junger Leute ins Zeug zu legen, laufe doch ihr Genosse Urbahns trotz seiner Verurteilung zu 10 Jahren Festungs-haft wegen Hochverrats noch frei umher, obgleich er das Blut deutscher Volksgenossen durch Anzettelung des Oktoberputsches 1923 auf dem Gewissen habe. Durch die letzten Worte fühlte Urbahns sich beleidigt. Die Strafkammer, die sich zuletzt mit der Sache zu befassen hatte, sprach den Beklagten Hübbe frei, weil Urbahns — wie seine Verurteilung ergeben habe — moralisch die Ver-antwortung für die Unruhen mit ihren Folgen zu tragen habe und der Beklagte mehr in seinem Artikel nicht habe sagen wollen und auch nicht gesagt habe. Urbahns legte Revision gegen das Urteil ein. Nun hat der Strafsenat des Ober-landesgerichts die Revision zurückgewiesen und das frei-sprechende Urteil der Strafkammer als richtig anerkannt. Gegen das Urteil sei nichts zu erinnern. Auch in der Form habe der Beklagte keine Verletzung begangen; der von ihm herangezogene Vergleich habe nahegelegen.

3 9 9 7 2 0 0 0 5 0 0 0

Hamburger Nachrichten

Nr. 68

Urbahns auf dem Kriegspfade.

In der Privatklagesache des Kommunisten Urbahns gegen unser Redaktionsmitglied Hübbe wegen Beleidigung hat, wie schon berichtet, der Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts für Recht erkannt: daß die Revision auf Kosten des Klägers zurückgewiesen wird. In der jetzt schriftlich ausgeführten Begründung heißt es:

Der Angeklagte ist Schriftleiter der „Hamburger Nachrichten“. Ein von ihm verfaßter, in dieser Zeitung erschienener Bericht über den Verlauf einer Sitzung der Hamburger Bürgerschaft hatte unter anderem die Bemerkung enthalten, „man möge“ — gegenüber den zu Zuchthausstrafe verurteilten, jedoch zu Festungshaft begnadigten Angehörigen rechtsradikaler Organisationen — „nur in Vergleich stellen, daß der Genosse Urbahns,“ — der jetzige Privatkläger — „der ebenfalls Verurteilte, der so viel Blut deutscher Volksgenossen auf dem Gewissen hat, immer noch frei herumläuft“. Auf die dieserhalb erhobene Privatklage ist der Angeklagte von beiden Vorinstanzen freigesprochen worden. Gegen das Berufungsurteil hat der Privatkläger Revision eingelegt. Er rügt Verletzung formellen und materiellen Rechts.

Ein bestimmter Verfahrensverstöß ist nicht namhaft gemacht. Die Prozeßbeschwerde ist daher unbeachtlich. Unbegründet ist die sachliche Rüge. Nach den tatsächlichen Darlegungen des angefochtenen Urteils bringt der Vorwurf, der Beschwerdeführer habe „so viel Blut deutscher Volksgenossen auf dem Gewissen“, zum Ausdruck, daß er die moralische Verantwortung für die Oktoberunruhen und damit auch für das damals geflossene Blut deutscher Volksgenossen trage; d. h., daß er sich dieserhalb nicht vor den staatlichen Gerichten, sondern vor dem eigenen Gewissen zu verantworten habe. Nach dieser Auslegung, in der ein Verstoß gegen den anerkannten Sprachgebrauch, die allgemeinen Denkmotive, Auslegungsregeln oder Erfahrungssätze nicht zu erblicken ist, enthält die beanstandete Kundgebung kein allgemeines Unwerturteil, sondern die Behauptung bestimmter Taten und Handlungen, welche in erkennbarer Beziehung zu äußeren Vorgängen stehen und dem Beweise zugänglich sind. Die Anwendung des § 186 StGB. würde begründet gewesen sein, sofern die Behauptung nicht erweislich geblieben wäre. Der Vorderrichter hat jedoch aus tatsächlichen Erwägungen, deren Nachprüfung dem Revisionsgericht nicht obliegt, den Beweis der Wahrheit als geführt erachtet. Eine Verurteilung des Angeklagten war daher nur dann möglich, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form oder den Umständen hervorging. Diese Frage ist vom Berufungsgericht mit einer Begründung verneint worden, welche einen Rechtsirrtum nicht erkennen läßt.